



Hamburger AfD-Politiker Risch offenbar bei Neonazi-Treffen in Russland

Stand: 01.10.2025 05:51 Uhr

Der Hamburger AfD-Politiker Robert Risch soll kürzlich an einem Neonazi-Treffen im russischen St. Petersburg teilgenommen haben. SPD, CDU und Linke fordern Konsequenzen - die AfD kündigte eine Untersuchung an.



Einem Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten der AfD droht Ärger mit der eigenen Fraktion: Robert Risch soll nach übereinstimmenden Medienberichten Mitte September an einem Neonazi-Treffen in St. Petersburg teilgenommen haben. Offenbar hatten sich dort Ultra-Nationalisten und -Nationalistinnen aus der ganzen Welt getroffen, um eine Liga von Globalisierungsgegnern namens "Paladine" zu gründen. Es handle sich demnach um eine ultra-nationalistische und völkische Bewegung.

An dem Treffen sollen demnach rechtsextreme Politikerinnen und Politiker aus Ländern wie Frankreich, Deutschland, Italien, Mexiko, Spanien und Südafrika teilgenommen haben. Auch die frühere Hamburger AfD-Bürgerschaftsabgeordnete Olga Petersen soll anwesend gewesen sein. Petersen musste wegen ihrer Nähe zum Kreml die Fraktion verlassen. Sie lebt inzwischen in Russland.

AfD will Risch befragen

Risch und Petersen sollen auf Veranstaltungsfotos zu sehen gewesen sein, [☞ die der US-Auslandssender Radio Free Europe/Radio Liberty ausgewertet hat](#). Man nehme den Vorfall sehr ernst, hieß es am Dienstag aus der AfD-Fraktion. Landesvorstand und Fraktion wollen Risch nach eigenen Angaben so schnell wie möglich befragen. Nötigenfalls wolle man Konsequenzen ziehen, hieß es. Rischs Russland-Reise war laut Partei nicht abgesprochen. Landes- und Fraktionsvorstand seien über die Reise und die Teilnahme nicht informiert worden.

CDU: Risch aus AfD-Fraktion ausschließen

Die Hamburger CDU-Fraktion forderte die AfD auf, Risch aus der Fraktion auszuschließen. Zudem solle er sein Mandat niederlegen und die Bürgerschaft verlassen. Risch habe sich bewusst in dieses unangemessene Umfeld begeben "und damit nicht nur politisch versagt, sondern unser Land verraten", sagte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Dennis Gladiator.

Auch aus der Fraktion der Linken kam Kritik: Rischs und Petersens Teilnahme an einem internationalen Vernetzungstreffen von Antiglobalisten, Rechtsextremen und völkischen Ideologen zeige, dass die Hamburger AfD eine demokratiefeindliche Partei sei, "die längst Teil eines internationalen extrem rechten Netzwerks ist", sagte der Antifaschismus-Sprecher der Linken, Deniz Celik. Ihm sei schleierhaft, weshalb der Verfassungsschutz in Hamburg die AfD nicht als Verdachtsfall einstufe.

SPD will mögliche Sicherheitsrisiken prüfen

Die SPD will den Fall auch im Ältestenrat zur Sprache bringen. Fraktionschef Dirk Kienscherf spricht sich dafür aus, auch mögliche Sicherheitsrisiken zu prüfen, denn Risch hat bis vor Kurzem beim Landes-Unternehmen Dataport als Software-Entwickler gearbeitet.

Dieses Thema im Programm:

NDR 90,3 | NDR 90,3 Aktuell | 01.10.2025 | 06:00 Uhr

NDR.de > **Hamburg**